PROTOKOLL

über die Sitzung der Gemeindevertretung am Montag, den 15. Dezember 2008
um 19:00 Uhr im Sitzungssaal 2. Stock.

Anwesende:

Herr Bürgermeister Ing. Johann Mühlbacher
Herr Vizebürgermeister Franz Gschaider
Herr GR. Harald Humer
Herr GR. Roman Schörghofer
Herr GR. Georg Auer
Herr GR. Heimo Leypold
Herr GR. Hermann Frauenlob
Herr GV. Christoph Canaval
Frau GV. Brigitte Költringer
Herr GV. Kurt Hofer
Herr GV. Vinzenz Schmid
Herr GV. Johann Dürnberger
Herr GV. Franz Luginger
Herr GV. Günther Nöhmer
Herr GV. Anton Luginger
Herr GV. Markus Fink

Entschuldigt:

Herr GV. Ing. Wolfgang Dürnberger
Herr GV. Ing. Stefan Köpfelsberger
Herr GV. Gerald Höcketstaller

Schriftführer: Andreas Pirner

TAGESORDNUNG

1. Fragestunde der Gemeindebürger
2. Genehmigung des Protokolls vom 13. November 2008
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Festlegung der Höhe der Gemeindeabgaben, Gebühren und Steuern für das Jahr 2009
5. Gemeinde Anthering Immobilien KG:
Jahresvoranschlag für das Jahr 2009 sowie des mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2010 bis 2013
6. Jahresvoranschlag für das Jahr 2009 sowie mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2010 - 2013
7. Verringerung der Konsensmenge beim Wasserverband Salzburger Becken
8. Verlängerung des Vertrages mit der ARO (Altpapier - Recycling-Organisations-GmbH)
9. Einzelbewilligung gem. § 24/3 ROG für den Um- bzw. Ausbau des bestehenden Heubodens zu Wohnzwecken beim Objekt Kleinlehenstraße 33 (Hermann Hornegger),
10. Berichte aus den Ausschüssen
11. Allfälliges
12. Bericht des Überprüfungsausschusses - nicht öffentlich

Sitzungsverlauf:

Der Bürgermeister eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die Beschlussfähigkeit fest und gibt bekannt, dass die Tagesordnung mit der Einladung zugegangen ist. Einwendungen zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht. Der Bürgermeister geht daher in diese ein.

Der Bürgermeister gibt an, dass heute von der LfsV eine Anregung zur Tagesordnung eingegangen ist, wie folgt: „Ich rege an, der Herr Bürgermeister möge in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung einen Tagesordnungspunkt „Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag“ aufnehmen. Die Gemeindevertretung möge eine diesbezügliche Resolution an das Parlament beschließen, um den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag zu betreiben.“

Zu Punkt 1.)

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Zu Punkt 2.)

Zur Frage des Bürgermeisters, ob das Protokoll vom 13.11.2008 verlesen werden soll, wird von den Fraktionen festgestellt, dass dies nicht notwendig ist, weil Gleichschriften an die Mitglieder der Gemeindevertretung zugestellt wurden, Wortmeldungen und Einwände werden keine vorgebracht.

Der Bürgermeister stellt daher fest, dass das vorliegende Protokoll somit als genehmigt gilt.

Zu Punkt 3.)

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt der Bürgermeister den Vorsitz an den Vizebürgermeister. Dieser übernimmt den Vorsitz und bittet den Bürgermeister um seinen Bericht.

Der Bürgermeister berichtet über:

- Verleihung der Bezeichnung „Erbhof“ für das Thomerlbauerngut, Familie Braunwieser, Großehehen 6, am 21.02.2008 in der Salzburger Residenz
- Schreiben von Fr. Isabella Maier, Stainachstraße 3, bezüglich neuen Geh- und Radweg: „Unübersichtliche Stelle zum Überqueren, gefährlich, keine Unterführung, Zebrastreifen nicht ausreichend“; in persönlichem Gespräch mit dem Bürgermeister wurde jedoch die derzeitige Situation erörtert und besprochen.
- 5.12.2008 Generalversammlung des Güterwegerhaltungsverbandes, in Summe ca. 3.000 km im Bundesland Salzburg, Investitionen von ca. 9,5 Mio. pro Jahr, Wechsel im Vorstand

Der Bericht steht zur Diskussion.

Bezugnehmend auf den neuen Geh- und Radweg erkundigt sich GR Auer, ob das Ziel der Verhandlungen wäre, dass das Ortsgebiet im Bereich Lehen verordnet wird, somit der Schutzweg bewilligt werden kann und das Land die Kosten der Errichtung des Geh- und Radweges übernimmt.

Der Bürgermeister bestätigt dies – über den Fortbestand des alten Gehsteiges in diesem Bereich wurde noch nicht endgültig entschieden, dies wird zu gegebener Zeit im Straßenausschuss beraten.

GV Schmid stellt die Frage, ob der zu errichtende Schutzweg für die Fußgänger mittels Ampel oder Blinklicht gesichert wird.

Der Bürgermeister führt dazu an, dass diesbezüglich noch Verhandlungen mit den Verkehrsrechtsexperten geführt werden, vorab ist keine Ampel vorgesehen und eine Verordnung nicht absehbar, wenngleich dies natürlich die optimale Variante darstellen würde. Derzeit wird ja von der Bezirkshauptmannschaft noch nicht einmal ein Schutzweg für notwendig erachtet, sondern die Errichtung einer Querungshilfe für sinnvoll erachtet.

GV Hofer führt an, dass die SPÖ-Fraktion schon beim Altbürgermeister Ing. Ehrenreich einen Schutzweg im Bereich Stainachstraße gefordert hat und dankt dem Bürgermeister für sein Engagement in dieser Sache. Vor allem ist dieser Schutzweg zum gefahrenlosen Erreichen der Bushaltestelle wichtig.

GV Luginger hofft, dass nach der Verordnung des Ortsgebietes und Errichtung des Schutzweges, vielleicht auch der Durchzugsverkehr durch das Ortsgebiet, speziell am Morgen, deutlich nachlassen wird.

GR Humer stellt die Frage, ob es vielleicht auch sinnvoll wäre, bis zur Fertigstellung des neuen Schutzweges und zur Verordnung des Ortsgebietes, die Querung während des morgendlichen Schüleraufkommens durch Schülerlotsen zu sichern.

Der Bürgermeister merkt an, dass Schülerlotsen ohne Schutzweg nicht eingesetzt werden können.

Für eine Schulwegsicherung sollte nach GV Schmid unbedingt das KfV kontaktiert werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht

Der Vizebürgermeister übergibt den Vorsitz wieder an den Bürgermeister, dieser dankt dem Vizebürgermeister für die Vorsitzführung.

Zu Punkt 4.)

Der Bürgermeister stellt einführend fest, dass die für das Jahr 2009 vorgesehenen Gemeindeabgaben, Gebühren und Steuern bereits in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 2. Dezember 2008 beraten wurden, der Entwurf des Voranschlages den Fraktionen zugegangen ist und zur Einsichtnahme aufgelegt wurde. Die Abteilung 11 des Amtes der Salzburger Landesregierung hat sich den Entwurf ebenfalls schon durchgesehen und diesen in Ordnung befunden.

Der Kassenleiter Pirner berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation unter anderem, dass die Kommunalsteuer, die Ortstaxe und die Hebesätze für die Grundsteuer gleich wie bisher bleiben und die Interessentenbeiträge je Bewertungspunkt bei Kanal- sowie bei Wasserversorgungsanlagen entsprechend der Mitteilung der Landesregierung nicht angehoben werden. Demnach beträgt die Kanalbenützungsgebühr pro m³ € 2,70, die Wassergebühr pro m³ € 1,08, der Interessentenbeitrag für Kanalanlagen € 488,-- und der Interessentenbeitrag bei Wasserversorgungsanlagen € 420,-- (alle Beträge netto).

Die Grabgebühr wurde indexmäßig nach VPI 2000 angepasst, eine Erhöhung von ~ 3,67%. Die Grabgebühr für ein Einfachgrab beträgt € 28,40, für ein Doppelgrab € 54,70 und für ein Urnengrab € 13,60.

Die Müllgebühren für das Jahr 2009 bleiben trotz einer 2%-igen Erhöhung der Salzburger Abfallbeseitigungs-GmbH. gleich wie im Vorjahr.

Die Kindergarten-, Grab- und Schwimmbadgebühren werden, ebenso wie die Eintritte für das Schwimmbad, laut Verbraucherpreisindex um ~ 3,67 % angehoben.

Da überlegt wird eine Ferienbetreuung von KW 32 – 36 anzubieten (diesbezügliche Bedarfserhebungen laufen), wird ein wöchentlicher Ferientarif in der Höhe von € 23,20 festgesetzt.

Neu ist weiters eine Einschränkung der Beiträge für die alterserweiterte Gruppe auf 6 Stufen des gemeinsamen Haushaltseinkommens. Bisher wurde in Anlehnung an die Stufen des Haushaltseinkommens der Wohnbauförderung eine individuelle Berechnung im Rahmen der Mindest- und Höchstbeitragsgrenzen vorgenommen. Durch den Zuschuss des Landes für die Betreuung von 3 und 5-jährigen Kindern ab 2009 würde dies zu kompliziert werden und daher war diese Einschränkung notwendig. Bis € 1.000,- Haushaltseinkommen beträgt der Beitrag für eine Ganztagesbetreuung € 124,40, bis € 1.500,- € 134,40, bis € 2.000,- € 142,40, bis € 2.500,- € 151,20, bis € 4.000,- € 176,- und darüber € 209,60. Die Beiträge bei einer $\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Betreuung errechnen sich aliquot.

Die Hundesteuer bleibt unverändert bei € 25,- für den ersten Hund und € 30,- für zweiten und jeden weiteren Hund.

Der Grundstückspreis beim Baulandmodell Horneggergründe wird von € 158,- je m² auf € 162,- je m² angehoben.

Der Bürgermeister stellt hinsichtlich Müllgebühren fest, dass auch im Umweltausschuss beraten wurde, ob eine Erhöhung notwendig. Es wurde nach einer Nachkalkulation der Gebühren für 2008 befunden, dass in Anbetracht der Entwicklung der Anzahl der Müllbehälter durch den starken Zuzug, bei gewissenhafter Schätzung eine Kostendeckung auch ohne Erhöhung gegeben sein wird.

Zur Ferienbetreuung ist angeführt, dass dies der Versuch ist, einen Wochentarif festzulegen um den Interessen der Erziehungsberechtigten und Beitragspflichtigen bestmöglich entgegenzukommen. Die bisherige Abstufung bei der Berechnung der Beiträge zur alterserweiterten Gruppe/Schulkindgruppe war sehr aufwändig, sodass eine Änderung sinnvoll war.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR Auer erkundigt sich, ab wie viele Kinder eine Betreuung in den Ferien stattfindet.

Der Bürgermeister erörtert, dass grundsätzlich bei einem Bedarf von 15 Kindern eine Betreuung durchgeführt wird, man aber die Bedarfsfeststellung abwarten wird.

GR Auer findet es sehr positiv, dass die Müllgebühren nicht erhöht werden und gibt bekannt, dass die ÖVP-Fraktion dem Entwurf für das Jahr 2008 zustimmen wird.

GR. Humer schließt sich dieser Feststellung an, findet es ebenfalls sehr positiv, dass die Müllgebühren nicht erhöht werden und stimmt in der indexmäßigen Erhöhung der anderen Gebühren, Abgaben und Beiträgen zu. Er erkundigt sich wie die Verrechnung des Landeszuschusses zum Kindergartenbeitrag/alterserweiterte Gruppe administriert wird.

Der Amtsleiter stellt dazu fest, dass die Eltern der 3 und 5-jährigen Kinder bereits von der Gemeinde eine um € 25,- bei einer Halbtagesbetreuung und um € 50,- bei einer Ganztagesbetreuung reduzierte Vorschreibung erhalten. Der Verwaltungsaufwand für die Gemeinde ist sehr groß und deshalb auch eine Vereinfachung im Bereich der Beitragsberechnung für die alterserweiterte Gruppe notwendig.

GR Humer gibt bekannt, dass die SPÖ-Fraktion dem vorliegenden Entwurf zustimmt.

GV Hofer erkundigt sich, ob die Nichterhöhung der Müllgebühren nur wegen der steigenden Anzahl der Mülltonnen möglich ist, oder ob die vor 3 oder 4 Jahren beschlossene Einsparung der Sperrmüll- und die Grünschnittabfuhr durch die Gemeinde wegen der Nähe zum Recyclinghof, dazu ebenfalls noch beiträgt.

Der Bürgermeister bestätigt, dass sich die Kosteneinsparung der Sperrmüll- und Grünschnittabfuhr nachhaltig zugunsten der Müllgebühr auswirkt. Die damalige Einsparung wurde durch eine Senkung der Müllgebühren an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben. Die Bürger können jetzt bei der Gemeinde gratis Gutscheine für Anlieferung von Sperr- und Restmüll holen – dies wird gut angenommen. Es wurden weiters keine diesbezüglichen Beschwerden vernommen, lediglich der Transport von Grünschnitt stellt für manche Hausbesitzer ein Problem dar, die Gemeinde überlegt aber in diesen Einzelfällen einen entgeltlichen Transport zu organisieren.

GV. Canaval stellt die Frage, ob die Erhöhung der Kindergartengebühr der Gemeinde vom Land vorgeschrieben wurde.

Der Bürgermeister verneint dies, führt aber ergänzend an, dass vom Land ein Mindestbeitrag für eine Ganztagesbetreuung gefordert wird, der etwas unter dem angegebenen Betrag liegt.

Der Bürgermeister erklärt, warum und in welchen Bereichen der Gemeinde dies so ist (hoheitliche Bereiche = keine USt., betriebliche Einrichtungen = USt.).

GR. Auer stellt ebenfalls positiv fest, dass die Müllgebühren gleichbleiben und gibt bekannt, dass die ÖVP-Fraktion dem Entwurf zustimmt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Bürgermeister stellt den Antrag, dem vorliegenden Entwurf über die Abgaben, Gebühren und Steuern für das Jahr 2008 zuzustimmen.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters, werden die Gemeindeabgaben, Gebühren und Steuern laut vorliegendem Entwurf für das Jahr 2009 beschlossen.“

Zu Punkt 5.)

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Kundmachung des Entwurfes des Voranschlages für die Gemeinde Anthering Immobilien KG für das Jahr 2009 erfolgt ist, niemand Einsicht genommen hat und der Entwurf von der Abteilung 11 des Amtes der Salzburger Landesregierung geprüft und für in Ordnung befunden wurde.

Der Amtsleiter Pirner erörtert anhand einer Powerpointfolie, dass auch für die KG ein mittelfristiger Finanzplan bis 2013 erstellt wurde.

Laut Voranschlag 2009 sind € 497.100,- an Ausgaben und € 480.800,- an Einnahmen vorgesehen. 2010 sind € 766.800,- an Ausgaben und € 741.200,- an Einnahmen, 2011 sind € 957.100,- an Ausgaben und € 927.800,- an Einnahmen, 2012 sind € 336.300,- an Ausgaben und € 311.700,- an Einnahmen und 2013 sind € 76.900,- an Ausgaben und € 82.100,- an Einnahmen budgetiert.

Geplante Bauvorhaben sind im Jahr 2009 die Errichtung des Trainingsplatzes und die Sanierung des bestehenden Sportplatzes in der Höhe von ca. € 450.000,- und von 2010 bis 2012 die Sanierung und Erweiterung der Turnhalle mit Investitionskosten von ca. 1,8 Mio.

Durch die Ausgliederung des Ansatzes „Sport“ und „Volksschule“ werden künftig auch sämtliche mit diesen Ansätzen zusammenhängenden Betriebskosten in der Immobilien KG abgewickelt – ebenfalls vorsteuerbegünstigt.

Die Gemeinde gewährt der Immobilien KG unverzinsliche Gesellschaftsdarlehen, sowie verzinsliche Annuitätendarlehen und leitet erhaltene GAF-Mittel und sonstige Förderbeiträge vom Land an diese weiter.

Der Bürgermeister dankt dem Amtsleiter für seine Präsentation und stellt den Bericht zur Diskussion.

GR Humer fragt, ob die Zusage der Sportförderung und die Zusicherung der GAF-Mittel für die Errichtung des Trainingsplatzes bereits eingegangen sind.

Der Bürgermeister berichtet, derzeit noch keine Zusage erhalten zu haben, es werden derzeit offensichtlich Mittel aus dem GAF für größere Investitionen der Stadt zurückgehalten, das Finanzkonzept wurde jedoch trotzdem in der Annahme erstellt, dass die Mittel zugesichert werden – mit dem Beginn der Investition muss ohnedies bis zur Zusicherung gewartet werden, gegebenenfalls muss der Finanz- und Zeitplan geändert werden.

GR Humer gibt bekannt, dass die SPÖ-Fraktion dem Entwurf des Voranschlages der Immobilien KG für das Jahr 2009, sowie dem mittelfristigem Finanzplan, zustimmt.

GV Canaval zeigt sich erstaunt, dass die Volksschule lt. vorliegendem Voranschlag vollständig in die KG ausgegliedert wurde, obwohl ihm hierfür kein Beschluss bekannt ist und führt weiters an, dass die angegebenen Investitionskosten für die Sanierung und Erweiterung der Turnhalle im Vergleich zu ähnlichen Bauvorhaben sehr hoch budgetiert wurden.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Grundsatzbeschluss zur Ausgliederung der Volksschule und des Sportheimes sehr wohl gefasst wurde, es bisher jedoch nur der Ansatz „Sportanlagen“ bereits auch tatsächlich in die KG eingebracht wurde. Mit der Sanierung der Turnhalle wird ja lt. Bauplan erst 2010 begonnen.

Bezugnehmend auf die Höhe der Investitionssumme erklärt der Bürgermeister, dass die Baukosten im Bereich des Kindergartens lt. Plan der Volksschule unter Berücksichtigung des Baukostenindex bis 2008 hochgerechnet wurden und zusätzlich eine Photovoltaikanlage mit einberechnet wurde. Weiters ist aufgrund des Alters der bestehenden Turnhalle noch damit zu rechnen, dass zusätzlich zu den eigentlich geplanten Sanierungsarbeiten noch weiter notwendige Arbeiten durchgeführt werden müssen.

GV Canaval stellt fest, dass er die Gründung der Gemeinde Anthering Immobilien KG mit der damit verbundenen Ausgliederung nicht befürwortet und daher dem vorliegenden Voranschlag nicht zustimmen wird.

GR Auer bekundet sein Erstaunen, dass gerade die LfsV durch die Ablehnung der Errichtung der KG somit auch gegen das Einsparungspotential durch den Vorsteuerabzug stimmt.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Es wird daher der Antrag gestellt, den vorliegenden Entwurf des Voranschlages der Gemeinde Anthering Immobilien KG 2009 sowie des mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2010 bis 2013 zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich, bei Gegenstimme des GV. Canaval, folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird der vorliegende Jahresvoranschlag für das Jahr 2009 der Gemeinde Anthering Immobilien KG, sowie der mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2013, in der vorliegenden Form, beschlossen.“

Zu Punkt 6.)

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Kundmachung des Entwurfes des Voranschlages für das Jahr 2009 erfolgt ist, in der Auflagefrist von Niemandem Einsichtnahme genommen wurde und der Entwurf von der Abteilung 11 des Amtes der Salzburger Landesregierung geprüft und für in Ordnung befunden wurde.

Auf Ersuchen des Bürgermeisters berichtet Kassenleiter Pirner anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Beilage zum Protokoll) über den vorliegenden Entwurf des Jahresvoranschlages für das Jahr 2009, sowie über den Entwurf des mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2010 bis 2013. Im Überblick werden die Zusammenstellungen der Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt sowie im außerordentlichen Haushalt zur Kenntnis gebracht. Im ordentlichen Haushalt sind Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 5.192.500,-, im außerordentlichen Haushalt sind Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 1.061.400,- vorgesehen.

Anschließend werden die einzelnen Untergruppen im Überblick durchgearbeitet und die einzelnen Erhöhungen bzw. Verminderungen besprochen. Weiters werden die einzelnen Vorhaben im außerordentlichen Haushalt durchgearbeitet und die geplante Realisierung laut mittelfristigem Finanzplan besprochen und die Ansätze im Jahresvoranschlag 2009 zur Kenntnis gebracht. Der Dienstposten und Stellenplan, der Nachweis über die Subventionen sowie die Nachweise der Darlehen und Haftungen werden zur Kenntnis gebracht.

Die freie Budgetspitze wurde für 2009 mit 7,28 % bzw. € 342.300,- berechnet.

Im Anschluss daran erfolgte eine allgemeine Diskussion über den Jahresvoranschlag für das Jahr 2009.

Die Fraktionen sowie der Bürgermeister danken dem Kassenleiter für den Bericht und die gute Ausarbeitung und Präsentation des Voranschlages.

Der Bürgermeister ergänzt, dass erfreulicherweise ab 2009, durch das starke Bevölkerungswachstum und die damit verbundene gesunkene Steuerquote, wieder mit Mittel aus

der Strukturhilfe, sowie mit Zuweisungen aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben nach § 21 FAG gerechnet werden kann.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GR. Humer stellt fest, dass es sehr positiv ist, dass der Schuldenstand sinkt und gibt bekannt, dass die SPÖ-Fraktion dem Entwurf des Voranschlages für das Jahr 2009 zustimmen wird.

GR. Auer stellt fest, dass der Schuldenstand zwar nur sehr langsam sinkt, er es natürlich trotzdem für positiv befindet und stellt fest, dass die ÖVP-Fraktion dem Entwurf des Voranschlages für das Jahr 2008 ebenfalls zustimmen wird.

GR Schörghofer erkundigt sich, ob für das endfällige Darlehen zur Sanierung des Sportheimes wieder eine Rate eingeplant wurde.

Der Bürgermeister bestätigt, dass 2009 und 2010 wieder eine Sondertilgung eingeplant wurde und danach das Darlehen vollständig getilgt ist.

GR Schörghofer führt ergänzend an, dass mit der Sanierung der Turnhalle sehr kostenintensive Investitionen anstehen, die den finanziellen Spielraum der Gemeinde sehr einschränken und gibt zu bedenken, dass der Verschuldungsgrad in Anthering hoch ist und gerade die geplanten Darlehen der Kategorie 1 keine Zinsstützung erhalten. Er führt aber positiv an, dass diese Kosten nicht über Umwege durch Erhöhung z.B. der Kanalgebühr – wie teilweise in anderen Gemeinden üblich – auf die Bürger überwältzt werden.

GV Canaval stellt fest, dass seiner Meinung nach die Gemeindeautonomie stark beeinträchtigt ist, zu viele Vorgaben und Einschränkungen kommen vom Bund und Land und er stellt den Antrag, aus dem Salzburger Gemeindeverband auszutreten – der Antrag liegt in schriftlicher Form vor.

Der Bürgermeister nimmt den Antrag zur Kenntnis und wird ihn nach entsprechender Aufbereitung in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung behandeln. Dabei sei jedoch in sachlicher Hinsicht zu bedenken, dass nur durch die Unterstützung des Gemeindeverbandes z.B. in Sache Getränkesteuer großer finanzieller Schaden für die Gemeinde abgewendet werden konnte.

GR Auer stellt fest, dass es zwar stimmt, dass einige bedeutende Ausgabenposten vom Gesetzgeber vorgegeben werden, hält es aber für nicht richtig, deshalb einem ausgeglichenen Budget nicht zuzustimmen.

GV Canaval antwortet dazu, dass er nicht dafür ist, dass das Budget von der Mehrheit abgelehnt werden soll, es steckt viel Arbeit dahinter und natürlich ist man an rechtliche Vorgaben gebunden, aber er gibt zu Bedenken, dass er als gewähltes Organ der Gemeinde, das mit dem Zwang, welchen das Land auf die Gemeinden ausübt, nicht einverstanden ist und nur durch Gegenstimme seine Meinung kundmachen kann.

GV Hofer stellt fest, dass Einrichtungen wie der Gemeindeverband sehr wichtig sind und ihre Berechtigung haben, er rät ab davor, auszutreten.

GR Humer führt ergänzend an, dass das Land großteils nur Rahmenbedingungen vorgibt und es der Gemeinde sehr wohl freisteht, letztendlich darüber autonom zu entscheiden.

Als Beispiel sei die Höhe der Kanalgebühr genannt – das Land gibt einen Mindestsatz vor der verlangt werden muss um in den Genuss der Förderung über den Wasserwirtschaftsfonds zu kommen, aber natürlich kann die Gemeinde – sofern sie sich das leisten kann – die Gebühr niedriger festsetzen. Ebenfalls kann auch im Kindergarten die Gebühr individuell angepasst und festgesetzt werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Es wird daher der Antrag gestellt, den vorliegenden Entwurf des Voranschlages 2009, sowie des mittelfristigen Finanzplanes für die Jahre 2010 bis 2013 zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst mehrheitlich, bei Gegenstimme des GV. Canaval, folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird der vorliegende Jahresvoranschlag für das Jahr 2009, sowie der mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2013, in der vorliegenden Form, beschlossen.“

Zu Punkt 7.)

Die Gemeinde Anthering ist Mitglied beim Wasserverband Salzburger Becken mit einer Konsensmenge von 5 Liter pro Sekunde.

Bedingt durch die Erhöhung der Konsensmenge für die Wassergenossenschaft Anthering bei Tiefbrunnen in der Antheringer Au von 4 Liter pro Sekunde auf nunmehr 8 Liter pro Sekunde stellt sich für die Gemeinde die Frage, ob die bestehende Konsensmenge beim Wasserverband Salzburger Becken verringert werden könnte, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Als erster Schritt wurde mit dem Obmann bzw. Vorstand der Wassergenossenschaft Anthering ein Gespräch geführt, ob ein gewisser Anteil der bestehenden Konsensmenge beim Wasserverband Salzburger Becken durch die WG Anthering übernommen werden soll.

Dies wurde jedoch von der Wassergenossenschaft Anthering letztendlich abgelehnt.

Aus diesem Grunde wurde mit dem Geschäftsführer Mag. Pultar ein Gespräch hinsichtlich Verringerung der Konsensmenge von 5 Liter pro Sekunde auf künftig 2,5 Liter pro Sekunde geführt.

Derzeit erfolgt von der Gemeinde Anthering eine Wasserabnahmemenge von ca. 16.000 m³ pro Jahr (ca. 0,5 Liter pro Sekunde). Auf Grund der derzeit bestehenden Konsensmenge entstehen der Gemeinde Anthering Kosten in der Höhe von ca. € 41.800,- (im Jahr 2007), welche an Fixkosten an den WSB bezahlt werden. Für die Durchleitung der Wassermenge Richtung Obertrum (jährlich ca. 50.000 m³) wird ein Durchleitungsentgelt in der Höhe von ca. € 15.000,- pro Jahr verrechnet.

Bei Reduzierung der Konsensmenge auf 2,5 Liter pro Sekunde würde sich für die Gemeinde Anthering eine Einsparung in der Höhe von ca. € 18.000,- pro Jahr ergeben.

Informativ wird festgestellt, dass im Bereich der Pumpstation (Übergabestelle von Wasserverband Salzburger Becken an Gemeinde Anthering) eine Notversorgung sowohl von WG. Anthering an Gemeinde bzw. umgekehrt von Gemeinde Anthering an WG. Anthering erfolgen könnte. Somit ist eine erhöhte Versorgungssicherheit auch hier gegeben.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GV Canaval begrüßt die Reduktion der Liter/sec und die damit verbundene Kosteneinsparung und weist darauf hin, dass Anthering (vormals Teilmittglied) dem Wasserverband

1991, lt. Beschluss der Gemeindevertretung vom 12.12.1991 als Vollmitglied beigetreten ist und hierfür eine Nachzahlung in der Höhe von ATS 462.000,- (€ 33.574,85) leisten musste. Wenn jetzt die Konsensmenge reduziert wird, dann ist der Beweis erbracht, dass Anthering diese 5 Liter/sec niemals gebraucht hat und entsprechend immer zu viel bezahlt hat - von 1991 bis 1997 wurde überhaupt kein Wasser bezogen. Der bestehende Vertrag geht in der vorhandenen Form dermaßen zu Lasten der Gemeinde Anthering, dass er seiner Meinung nach mit großer Aussicht auf Erfolg als „sittenwidrig“ angefochten werden könnte und sollte.

Er stellt den Antrag, dass der Herr Bürgermeister mit dem Wasserverband verhandeln möge, dass Anthering die seit zu Beginn des Vertrages zu viel bezahlten Summen zurückerhält – auch die Vorausbelastung aus 1991 ist zurückzuverlangen.

Der Bürgermeister ist der Meinung, die Reduktion der Liter/sec unabhängig von den Ausführungen des GV Canaval zu beschließen und regt an, die vorgetragene Fakten bzw. Aussagen sehr genau zu prüfen und in der nächsten Sitzung darüber zu berichten.

GV Leypold kritisiert derartige „Spontanträge“ seitens des GV Canaval als nicht sehr konstruktiv, die Gemeindevertretung kann ohne Aufbereitung der Fakten hierzu keine Entscheidungen treffen oder Stellungnahmen abgeben; die damalige Gemeindevertretung wird sicher Gründe für den Beitritt in dieser Form gehabt haben, aber nähere Informationen fehlen eben derzeit.

GR Schörghofer ersucht den Bürgermeister, zu prüfen, ob dieser Reduktion der Konsensmenge finanzielle Werte gegenüberstehen und diese gegebenenfalls entsprechend einfordern.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Es wird daher der Antrag gestellt, die Verringerung der Konsensmenge beim Wasserverband Salzburger Becken von 5 Liter pro Sekunde auf künftig 2,5 Liter pro Sekunde zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters, wird die Reduktion der Konsensmenge von derzeit 5 lit/sec auf 2,5 lit/sec beim Wasserverband Salzburger Becken, beschlossen.“

Zu Punkt 8.)

Die Gemeinde Anthering hat mit der ARO, der Altpapier-Recycling-OrganisationsgmbH, eine endgültige Vereinbarung über die Sammlung von Verpackungspapieren. Diese Vereinbarung soll ab 1. Jänner 2009 durch den Nachtrag 3 leicht modifiziert werden.

In diesem Nachtrag Nr. 3 wird der Verrechnungsmodus zugunsten der Gemeinde verändert. Das Entgelt, welches die Gemeinde von der ARO erhält, soll pro Quartal von bisher netto € 125,61 um 7,5 % auf € 135,03 erhöht werden und die kostenpflichtige Verpackungsmenge (ist der Anteil an Verpackungen in den Papierbehältern) wird anhand der Mengen 2007 neu berechnet.

Die Laufzeit soll beginnend mit 1.1.2009 auf unbefristet verlängert werden. Die Verträge können erstmals zum 31. Dezember 2010 mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten gekündigt werden.

Der Vertrag wurde zwischen ARO und Gemeindeverband ausgehandelt. Dieser empfiehlt auch die Annahme des Nachtrages.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

GV Hofer bekundet, dass dieser Antrag auch bereits im Umweltausschuss beraten und für in Ordnung befunden wurde.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Es wird daher der Antrag gestellt den Nachtrag zur Weiterführung der Zusammenarbeit mit der ARO zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„ Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters wird die Verlängerung des Vertrages mit der ARO, lt. vorliegendem Vertragsentwurfes, ab 2009 beschlossen.“

Zu Punkt 9.)

Der Bürgermeister berichtet, dass Herr Hermann Hornegger, Kleinlehenstraße 33, 5102 Anthering um Einzelbewilligung gemäß § 24 Abs. 3 ROG 1998 i.d.g.F. zum Umbau und Ausbau des bestehenden Heubodens in Wohneinheiten beim Objekt Kleinlehenstraße 33, auf Baufläche .79 und GN. 1150/2, GB. Anthering, angesucht hat. Es sollen zwei Wohneinheiten im Bereich des ehemaligen Heubodens (innerhalb der bestehenden Kubatur) eingebaut werden.

Von der Allee 42 Landschaftsarchitekten GmbH & Co. KG wurde ein Raumordnungsgutachten erstellt.

Der Ortsplaner stellt fest, dass das Vorhaben außerhalb der im REK festgelegten Siedlungsgrenze liegt, da es sich aber lediglich um die Umnutzung eines bereits bestehenden Objektes handelt, liegt der Tatbestand einer Siedlungserweiterung außerhalb der Siedlungsgrenze nicht vor.

Aus Sicht des Ortsplaners ist die beantragte Einzelbewilligung betreffend den Um- bzw. Ausbau des bestehenden Heubodens in Wohneinheiten zu befürworten.

Weiters wird festgestellt, dass es sich hierbei um die letzte Fläche innerhalb der Kubatur handelt, die noch nicht für Wohnzwecke umgewidmet wurde. In den vergangenen Jahren wurden im Objekt Kleinlehenstraße 33 sukzessive Wohnungen mittels Einzelbewilligung errichtet. Die Ver- und Entsorgung ist aus den bestehenden Anschlüssen gegeben.

Die Beratungen des Bau- und Raumordnungsausschuss haben ergeben, die Einzelbewilligung vorbehaltlich einer Kenntlichmachung und Zuweisung ausreichender PKW-Stellplätze auf dem Bauplatz, der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Der Bericht wird zur Diskussion gestellt.

Wortmeldungen erfolgen keine.

Der Bürgermeister stellt daher den Antrag, die Einzelbewilligung zur Errichtung dieser beiden Wohnungen zu beschließen.

Die Gemeindevertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„ Im Sinne von Bericht und Antrag des Bürgermeisters, wird die Einzelbewilligung gem. § 24/3 ROG für den Ausbau des bestehenden Heubodens zu Wohnzwecken beim Objekt Kleinlehenstraße 33, beschlossen. Die Kenntlichmachung und Zuweisung ausreichender PKW-Stellplätze ist im Bauverfahren zu fordern.“

Zu Punkt 10.)

Der Bürgermeister ersucht GV Hofer um seinen Bericht.

GV Hofer berichtet vom Umweltausschuss am 18.12.2008:

- Bericht des Obmannes
- Geruchsbelästigung SAB durch Revisionsarbeiten alle 5 Jahre
- Besichtigung Verbrennungsanlage – keine Nachfrage der GV
- Vorstellung GV Höcketstaller
- Verlängerung Vertrag ARO
- Müllgebühren 2009
- Allfälliges (Abgabescheine SAB, Abholung Grünabfälle, Extraentleerung der Papiercontainer über Weihnachten)

Der Bericht steht zur Diskussion.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister dankt dem Obmann für seinen Bericht.

Der Bürgermeister ersucht GR Auer um seinen Bericht.

GR Auer berichtet vom Kulturausschuss am 01.12.2008:

- Erstellung Veranstaltungskalender für das 1. Hj. 2009
- G'stanzsingen am 20.06.2009, wieder mit 2 Vorstellungen um 14:30 und 20:00 Uhr, Eintritt bleibt gleich mit € 12,-
- Idee von GV Nöhmer einen Sammelband über alte und neue Ansichten von Anthering (wird 2009 an neuen Kulturausschuss abgetreten)

Der Bericht steht zur Diskussion.

GV Luginger erkundigt über den angesprochenen Sammelband.

Der Bürgermeister erörtert, dass an eine Art Fotosammlung gedacht wird, wird sicher ein Projekt für zwei Jahre, die Entscheidung ob dieses Projekt gestartet wird, oder nicht sollte dann beim neu gewählten Kulturausschuss liegen.

GV Nöhmer erklärt die Idee seines Projektes „Einst und jetzt“.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Der Bürgermeister dankt dem Obmann für seinen Bericht.

Zu Punkt 11.)

Der Bürgermeister berichtet:

- voraussichtlicher Termin für die konstituierende Sitzung der Gemeindewahlbehörden am 12.01.2009 um 19:00 Uhr, Einladung ergeht rechtzeitig
- Ende Jänner, Anfang Februar wird es notwendig sein, nochmals in dieser Zusammensetzung eine Sitzung der Gemeindevertretung abzuhalten

- Anregung von Christoph Canaval „Ausstieg aus Euratom“: Nach persönlicher Einschätzung ist dies Sache auf Bundesebene und nicht Inhalt des Gemeindeparlaments.

Der Bericht steht zur Diskussion:

GV Canaval verweist in diesem Zusammenhang auf die Gemeindeordnung in der festgeschrieben steht, dass eine „Anregung“ vor einer Gemeindeversammlung beim Bürgermeister eingebracht werden muss, und dieser hat dann in der nächsten Gemeindevertretung unter „Allfälliges“ zu berichten, dass die Anregung eingegangen ist und deren Inhalt zu verlautbaren.

GR Humer stellt dazu fest, dass dies jedoch nur für Angelegenheiten des „eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde“ gilt – EURATOM entspricht wohl nicht diesen Voraussetzungen.

GV Schmid erkundigt sich beim Bürgermeister, ob für die neu zu errichtende Straße auf dem Neuwirtgrund im Bereich Bergstraße/Hangstraße schon ein Name gefunden werden konnte.

Der Bürgermeister verneint dies und spricht sich dafür aus, einen neuen Namen zu vergeben. Dies wird in der Gemeindeverwaltung geprüft und zur Beschlussfassung für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung aufbereitet werden.

GV Schmid teilt mit, dass der Untergrund der Pflasterung im Bereich Volksschule abgesunken ist und sich bei Regenfall ständig Pfützen bilden, durch die dann die Kinder gehen müssen. Er ersucht um Wiederherstellung eines ordentlichen Pflasters.
In Bezug auf Ausstattung mit Krankenbetten ersucht er um dringende Erneuerung bzw. Modernisierung, teilweise können ältere Menschen einige der gemeindeeigenen Krankenbetten nur mit großer Mühe bedienen und regt an, sich vielleicht um Sponsoren umzuschauen.

Der Bürgermeister antwortet hierzu, dass bereits Angebote eingeholt wurden und auf der Gemeinde einerseits noch Gelder aus Spenden für Caritative Zwecke vorhanden sind und andererseits wurde auch schon mit der Obfrau des Sozialvereines Kontakt aufgenommen.

GV Nöhmer erkundigt sich nach dem Status der geplanten Betriebsansiedlung der Fa. Nannerl.

Der Bürgermeister erörtert, dass nach Auskunft des Bausachverständigen das Projekt bei der Bezirkshauptmannschaft eingereicht wurde, es im Jänner zur Bauverhandlung kommen wird und im Frühjahr der Baubeginn geplant ist. Das ganze Projekt hat sich aufgrund des schlechten Baugrundes verzögert.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Zu Punkt 12.)

Der Obmann GV Nöhmer berichtet über die Sitzung des Überprüfungsausschusses vom 25.11.2008 (siehe nicht öffentlicher Teil des Protokolls)

Da die Tagesordnung erschöpft ist und keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Bürgermeister um 21:15 Uhr die Sitzung.